



Hintergrund- und Argumentationspapier:
Echte Entlastungen für unsere Kommunen statt Symbolpolitik
Wo wir stehen und was wir jetzt tun können

Unsere Städte und Gemeinden sind das Rückgrat unserer Demokratie. Hier wird Gemeinschaft konkret, hier wird demokratische Mitbestimmung organisiert und gesellschaftlicher Zusammenhalt tagtäglich erlebbar. Doch dieses Fundament bröckelt massiv: Die deutschen Kommunen stecken in einer tiefen Finanzkrise, die unser öffentliches Gemeinwesen, wie wir es kennen, existenziell bedroht. Wenn Bund und Länder nicht umgehend und wirksam gegensteuern, stehen wichtige Grundpfeiler für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft in Frage.

Prognosen der kommunalen Spitzenverbände zeigen das dramatische Ausmaß und die düstere Perspektive: Bis zum Jahr 2028 wird das jährliche Gesamtdefizit der Kommunen voraussichtlich auf 36,1 Milliarden Euro anwachsen. Die Folgen dieser chronischen Unterfinanzierung sind für die Menschen vor Ort bereits schmerzhaft spürbar oder drohen akut zu werden, sei es damit, dass die Buslinie gestrichen wird, die Schulsanierung aufgeschoben oder essentielle Klimaschutzmaßnahmen nicht zu stemmen sind. Kommunen sind vor Ort in ihrer Handlungsfähigkeit in Frage gestellt.

Wirtschaftsexperten wie Achim Truger warnen eindringlich vor politischer Untätigkeit: Sollten die Kommunen durch Bund und Länder zu einer zukunftsblinden Sparpolitik gezwungen werden, droht das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) um ein Prozent einzubrechen. Die Kommunalfinanzen sind somit kein technisches Problem, sondern eine Frage des wirtschaftlichen und demokratischen Überlebens unseres Landes.

1. Die aktuellen Maßnahmen unter der Lupe: Symbolpolitik statt echter Entlastung

Die jüngst diskutierten und beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene greifen zu kurz oder taugen wirklich für gar nichts mehr als eine kurze schöne Schlagzeile. Wir blicken daher sehr kritisch auf die folgenden Pläne:



a) Das Länder- und Kommunalentlastungsgesetz (LKEG) – ein Gesetz, das seinen Namen nicht verdient

Das LKEG soll die Einigungen im Koalitionsvertrag zur Entlastung von Ländern und Kommunen umsetzen, die kommunalen Altschulden in den Blick nehmen und Geberländer kompensieren. Von 2026 bis 2029 fließt dafür jährlich eine Milliarde Euro an die Bundesländer (unter anderem 400 Mio. Euro als Ausgleich für Bayern und Baden-Württemberg, 250 Mio. Euro Sonderzuweisungen für finanzschwache Länder mit hohen Liquiditätskrediten in den Kommunen und 350 Mio. Euro für ostdeutsche DDR-Rentenlasten).

- **Unsere Kritik:** Das Gesetz wird seinem Namen nicht gerecht. Es ist reine Symbol- und Klientelpolitik – jeder fünfte Euro landet in Bayern. Schlimmer noch: Nur ein winziger Bruchteil (unter 3 %) der kommunalen Altschulden wird von der Lösung abgedeckt. Die Mittel gehen komplett an die Länder, ohne dass eine tatsächliche Weiterleitung und Entlastung der Kommunen sichergestellt ist. Wir fordern: Dieses Gesetz darf auf keinen Fall das Ende der Kommunalentlastung sein. Es braucht Maßnahmen, die nennenswerte Mittel direkt an die Kommunen verteilen, um dort das Defizit zu schließen und weitere Neuschulden zu verhindern.

Das habe ich gemeinsam mit meiner Fraktion in einem Entschließungsantrag zum LKEG im Bundestag deutlich gemacht (siehe hier: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/069/2106976.pdf>).

b) Die MPK-Beschlüsse – ein bisschen Konnexität und drohender Sozialabbau

Am 25. Juni verständigten sich die Ministerpräsident:innen der Länder mit dem Bundeskanzler auf ihrer gemeinsamen Konferenz auf eine Konnexitätsregelung, die in Zukunft zwischen Bund, Ländern und Kommunen gelten soll: Der Bund soll 80 % der Mehrbelastung, die aus neuer Gesetzgebung entsteht, kompensieren. Diese Regelung soll auch rückwärts funktionieren. Sollte Gesetzgebung des Bundes zu Minderausgaben in den Kommunen und Ländern führen, so müssten 80 % der Einsparungen an den Bund übertragen werden. Das gilt nicht für die Gesetzgebung, die auf der MPK unter der Überschrift



„Effizienzsteigerungen“ bei Sozialleistungen diskutiert wurde. Geplant sind Kürzungen und Einschränkungen – etwa beim Unterhaltsvorschuss sowie bei individuellen Leistungen für Menschen mit Behinderungen oder für Geflüchtete.

- **Unsere Kritik:** Kommunale Haushalte dürfen nicht auf dem Rücken von Alleinerziehenden, Kindern, Jugendlichen, Familien und Menschen mit Behinderungen saniert werden! Solche Kürzungen verursachen immensen gesellschaftlichen Schaden und verursachen enorme Folgekosten, z.B. durch zunehmende Wohnungslosigkeit oder verwehrte Bildungschancen. Gleichzeitig sind die Einsparungen, die eigentlich durch diese Einschnitte geplant sind, nicht ausreichend, um das kommunale Defizit substanziell zu schließen. Zudem greift die vorgeschlagene 80%-Regel zu kurz, da zentrale Vorhaben wie die geplante Einkommensteuerreform explizit ausgenommen sind und den Kommunen dennoch weitere Milliardenlöcher reißen werden.

2. Unsere Forderungen: Solidarität, Einnahmen stärken und schlaue Entbürokratisierung

Es gibt Alternativen zum sozialen Kahlschlag und zu den unpassenden Vorhaben der Bundesregierung. Gemeinsam mit der Grünen Bundestagsfraktion setze ich mich für eine echte Kehrtwende ein. Kommunen lassen sich finanziell solide aufstellen, wenn wir an den richtigen Stellschrauben drehen:

a) Soforthilfe über die Umsatzsteuer

Wer schnelles Geld in die Kommunen bringen will, um die Handlungsfähigkeit vor Ort akut zu sichern, muss dies über eine Anpassung der Umsatzsteuerverteilung tun. Bund und Länder müssen zusätzliche USt-Punkte zur Verfügung stellen, um das kommunale Defizit umgehend und wirksam zu schließen.

b) Moderne Verwaltung statt sozialer Einschnitte

Bei den von der kommunalen Ebene getragenen Sozialleistungen gibt es zweifellos Reformbedarf – ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Wir wollen aber keine harten Leistungskürzungen, sondern schlaue Entbürokratisierung.



Durch die Optimierung von Prozessen sowie digitale, moderne und unbürokratische Leistungsabwicklungen können wir Verwaltungsaufwand reduzieren und Effizienzen heben, ohne Menschen zu marginalisieren. Für den Bereich der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe hat ein Arbeitskreis der BGKomm detailliert ausgearbeitet und als Papier veröffentlicht.

c) Das Märchen vom „armen Staat“ beenden & Einnahmenseite stärken

Vonseiten der Bundesregierung wird gerne das Narrativ bedient, man habe schlicht kein Geld, könne daran auch absolut nichts ändern und müsse deshalb jetzt überall sparen. Doch im Gegensatz zu den Kommunen kann der Bund eine aktive Steuerpolitik verfolgen. Die Mittel für ein starkes Gemeinwesen sind da, wir müssen sie nur gerecht verteilen. Allein 15 Milliarden Euro ließen sich einnehmen, wenn wir Steuerlücken bei der Erbschaftsteuer und der Immobilienbesteuerung konsequent schließen. Weitere zweistellige Milliardenbeträge stünden bereit, wenn wir die allerreichsten Menschen und ihre Vermögen in Deutschland endlich fair an der Finanzierung unserer Infrastruktur beteiligen würden. Wenn wir für verlässliche Kommunalfinanzen kämpfen, führt kein Weg an einer gerechten Stärkung der staatlichen Einnahmenseite vorbei.

3. Für die Arbeit vor Ort: Den Druck aufrechterhalten!

Der Protest gegen ein Verhungernlassen der Städte und Gemeinden ist längst da, und es ist entscheidend, dass er nicht abreißt. Stimmen wie die kommunalen Spitzenverbände, das überparteiliche Bündnis *„Für die Würde unserer Städte“* oder die Campact-Petition *„VERGNÜGT“* – welche die Stärkung der Kommunalfinanzen direkt mit einem gerechteren Steuersystem verknüpft – fordern völlig zu Recht Soforthilfen für die Kommunen.

Was wir jetzt tun können:

- **Das Thema ansprechen:** Nutzt dieses Argumentationspapier in euren Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen. Bringt das Thema gezielt in eure Arbeit ein. Aktuell ist auch ein guter Zeitpunkt für Resolutionen und weitere Zeichen in eurem lokalen Parlament!
- **Lebensnah argumentieren:** Macht die abstrakten Zahlen konkret. Zeigt vor Ort auf, welche Buslinie, welche Schulsanierung oder welches Klimaschutzprojekt wegen der Blockadehaltung vom Bund



Karoline Otte

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

wegzubrechen droht. Oder ihr könnt die Geschichte positiv erzählen und drüber sprechen, was alles möglich wäre mit ausreichendem Geld vor Ort. Erzählt diese Geschichten in den sozialen Medien, auf Parteitage oder im Kommunalwahlkampf.

- **Bündnisse schließen:** Unterstützt lokale Resolutionen und arbeitet mit Initiativen vor Ort zusammen. Auch kleine Demos und Aktionen können Sichtbarkeit schaffen und haben einen Nachrichtenwert – und schreibt auch gerne meinem Büro (s.u.), falls ihr aktiv werdet oder es zumindest überlegt – gerne liefern wir noch mehr Infos oder Material. Auch auf Bundesebene sind weitere Aktionstage und Kampagnen zu erwarten – auch dazu, wie sich die Einnahmenseite stärken lässt (siehe Seite 4 über aktuelles informiere ich in meinem Newsletter).

Die Lage ist zu ernst, um den Kopf in den Sand zu stecken. Lasst uns gemeinsam laut sein, groß denken und den nötigen politischen Druck aufbauen, um unsere Städte und Gemeinden endlich aus ihrer finanziellen Misere zu befreien!